

NIEDERLANDE

Willkommen auf dem Gefängnisboot



Eine niederländische Spezialität: Gefängnisboote für Abschiebehäftlinge. Preiswert und flexibel.

(Foto: Tobias Müller)

Die Niederlande bauen Abschiebehäftlinge zunehmend zu einem parallelen Vollzugssystem aus. Die Unterbringung auf Booten macht diese Auslagerung räumlich deutlich. In diesem Sommer werden die Kapazitäten erheblich vergrößert.

Die Worte, mit denen das Justizministerium seine jüngste Errungenschaft anpries, könnten beinahe Urlaubsgefühle auslösen: "Das Boot bietet 496 Personen Platz, die in Zweier-, Vierer- und Sechszimmern wohnen. Jedes Zimmer verfügt über eigene Dusche, Toilette, Kühlschrank und Fernseher. Daneben gibt es vier Freiluft- und Sportplätze, eine Bibliothek, einen Besuchssaal und einen Laden." Allein, das vermeintliche Traumschiff dient nicht der Erholung. Die "Bibby Kalmar" soll, wie die Tageszeitung "De Pers" Anfang Mai nach ihrer Einweihung im Hafen von Dordrecht lakonisch schrieb, "dazu dienen, Ausländer einzusperrn".

Die Beiläufigkeit dieser Feststellung weist auf die Entwicklung hin, die "Ausländergewahrsam" als Maßnahme in den Niederlanden genommen hat: 1989 waren landesweit gerade 200 Plätze in den Vollzugseinrichtungen für Abschiebehäftlinge reserviert, gegenwärtig sind es rund 3.000. Wie im EU-Kontext üblich, werden die Betroffenen zunehmend in gesonderten Haftanstalten untergebracht. Eine niederländische Spezialität sind dabei Gefängnisboote. Das Land, das einst dem Wasser abgerungen wurde, verlegt illegalisierte Ausländer verstärkt zurück aufs Wasser. 2004 wurde in Rotterdam das erste schwimmende Gefängnis in Betrieb genommen, 2005 folgte das zweite. Seitdem hat das Justizministerium in Verhandlungen mit mehreren Gemeinden versucht, weitere Anlegenehmigungen zu erwirken. Neben dem nahe Rotterdam gelegenen Dordrecht kam das nordholländische Zaandam diesem Wunsch nach. Dort sollen im Sommer zwei weitere Boote in Betrieb genommen werden. Allein die Kapazitäten zu Wasser steigen damit von 760 auf über 1.800.

Hinter diesem zweifelhaften Boom stehen einerseits pragmatische Gründe. Die Boote kommen den Staat deutlich billiger als der Bau herkömmlicher Gefängnisse, sie sind schneller in der Fertigung und zudem flexibel einsetzbar. Damit folgen sie dem Trend des möglichst kostengünstigen Aufbaus großer zusätzlicher Haft-Kapazitäten. Dieses Ziel markiert die Schnittstelle zwischen besagtem Pragmatismus und hand-

festen politischen Interessen andererseits. Sie resultieren aus der drastischen Verschärfung der niederländischen Asylpolitik in den letzten Jahren, die zum Teil der Harmonisierung des EU-Asylrechts geschuldet ist. Daneben spielt der interne Diskurs eine maßgebliche Rolle: Seit Anfang des Jahrzehnts gewinnt in den Niederlanden eine xenophobe Grundstimmung an Boden, die sich in wiederkehrenden populistischen Hypes à la Fortuyn oder Wilders manifestiert, ohne sich jedoch auf deren Elektorat zu beschränken. Sie nimmt Asylbewerber vor allem als Bedrohung wahr. Mit ihrer Kriminalisierung als "Illegale" ist der Grundstein für ein repressives Vorgehen gelegt.

Unmenschlich und unsicher

Wegweisend in dieser Entwicklung war die Errichtung des berüchtigten Zellenkomplexes am Flughafen Schiphol. Im Jahr 2002 war ihr eine hektische Debatte um Drogenkuriere vorausgegangen, die das Land zu "überfluten" drohten und ein entschiedenes Vorgehen erforderten. Ein Jahr später wurde der Bau in Betrieb genommen und wenig später seine Bestimmung auf Abschiebehäftlinge ausgedehnt. Die katastrophalen Sicherheitsbedingungen, zu Gunsten der geforderten schnellen Lösung fahrlässig in Kauf genommen, hatten den Tod von elf Ausländern in Gewahrsam bei einer Brandkatastrophe im Jahr 2005 zur Folge. Dieser Vorfall rüttelte die niederländische Öffentlichkeit insofern wach,

als daraufhin ein strenges Erfüllen der Sicherheitsbedingungen in staatlichen Einrichtungen, zu denen auch Gefängnisse zählen, gefordert wurde.

Tatsächlich waren die Rotterdamer Boote bereits in Verfall geraten: Nicht nur vereinzelt gab es Berichte über Brandrisiken wie billige PVC-Kabel im Boden, die tödlichen Rauch entwickeln könnten, oder minderwertige Elektroinstallationen. Zudem fehlte ein zentrales System zur Türverriegelung. Warnungen darüber hatten die zuständigen Behörden schon 2005 erhalten und in den Wind geschlagen. Im Frühjahr 2006 jedoch brachte eine Undercover-Reportage des linken Wochenmagazins "Vrij Nederland" die Zustände erneut auf den Tisch. "Unmenschlich und unsicher" seien die Bedingungen auf den Booten, bilanzierte Redakteur Robert van de Griend, der zwei Wochen lang als Wärter getarnt recherchiert hatte. Die preisgekrönte Reportage zog immerhin eine Parlamentsdiskussion und Untersuchungen mehrerer Kommissionen nach sich, die jedoch zu dem Schluss kamen, es gebe "keine strukturellen Mängel". Dass das Justizministerium anlässlich der "Einweihung" der neuen Boote verstärkt darauf hinweist, dass diese sämtlichen Sicherheitsbedingungen entsprechen und regelmäßig Katastrophenübungen durchgeführt würden, gilt jedoch als indirektes Eingeständnis.

Die Beschwerden über die Zustände im Hafen von Rotterdam beschränken sich indes keineswegs auf Sicherheitsbedingungen: Häftlinge klagen kontinuierlich über unerträgliche Enge und mangelnde Frischluft sowie das Fehlen jeglicher Privatsphäre. Ebenso wenig gibt es Möglichkeiten zu arbeiten, Sport zu treiben oder sich zu erholen. Das Klima tut ein Übriges: Im Sommer ist es heiß und stickig, im Winter kalt und klamm. Zum Alltag gehören Schikanen durch die "Versorger" genannten Wärter, Willkür und Isolierzellenaufenthalte beim kleinsten Zeichen der Renitenz. Eine Häftlingskommission wie in anderen Gefängnissen existiert nicht, Beschwerdebriefe werden von den Wärtern oft schnurstracks entsorgt, medizinische Hilfe lässt manchmal wochenlang auf sich warten. Da "Ausländergewahrsam" keine strafrechtliche Maßnahme ist, sind die Bestimmungen niederländischen Strafvollzugs außer Kraft gesetzt. "Guantanamo Bay an der Maas" formulieren Kritiker gerne - "ein Regime, um dich zu brechen", fasst es ein Inhaftierter zusammen.

Aufrüstung gegen die Illegalen

Selbst wenn die drei neuen Boote tatsächlich einige Verbesserungen hinsichtlich des "Komforts" aufweisen sollten, bleiben die strukturellen Merkmale eines parallelen Vollzugssystems bestehen. Basierend auf der Kriminalisierung der "illegalen Ausländer" zielt die Politik gegen-

über Menschen ohne Aufenthaltstitel unverschleiert auf Abschreckung und Repression und ist zudem in hohem Maß symbolisch: kein Geheimnis ist nämlich, dass nur rund ein Drittel der Inhaftierten tatsächlich abgeschoben wird. Die Übrigen, die man mangels Papieren nicht ausweisen kann, werden einfach auf die Straße gesetzt - meist bis zur nächsten Kontrolle. Trotzdem ist die durchschnittliche Abschiebehäftlingsdauer mit 80 Tagen inzwischen doppelt so lang wie vor zehn Jahren. Aufenthalte von einem Jahr sind keine Seltenheit. Zwar begrenzte ein Gerichtsurteil im Frühjahr die Dauer der Maßnahme auf sechs Monate, doch gilt dies nur für Häftlinge, die an der eigenen Abschiebung "mitarbeiten".

Dass mittlerweile mehr als zehn Prozent der Gesamtkapazität der niederländischen Strafeinrichtungen für Ausländergewahrsam reserviert sind, verdeutlicht dessen politische Dimension. Der rasche Zuwachs an Haftplätzen unterliegt dabei einer planwirtschaftlich anmutenden Steuerung: Erstmals hat die Polizei vergangenen Herbst mit dem Innen- und Ausländerministerium der damaligen Regierung einen "Leistungsvertrag" geschlossen. Demnach sollen 2007 rund 40.000 Ausländer kontrolliert und 12.000 ohne Aufenthaltspapiere festgenommen werden.

Die sozialkonfessionelle Nachfolgerkoalition steht demgegenüber im Ruf, eine humanere Flüchtlingspolitik zu betreiben. Kürzlich setzte sie sogar die lange diskutierte Legalisierung von Alt-Asylbewerbern durch. Solche vermeintlichen Widersprüche lösen sich jedoch rasch auf in der Erkenntnis, dass durch diesen Schritt allein die Demarkationslinie der Kriminalisierung verschoben und die Grenze zwischen "Legalen" und "Illegalen" damit vorübergehend durchlässig wurde. Die Aufrüstung gegenüber allen, die man jenseits davon wähnt, schreitet indes voran.

Tobias Müller

Demonstration gegen Abschiebegefängnis

"Abschiebehäftlinge abschaffen" ist das zentrale Motto einer Demonstration gegen das Abschiebegefängnis in Ingelheim bei Mainz, die am morgigen **Samstag um 15 Uhr am Bahnhof Ingelheim** beginnt. 44 Gruppen rufen unter anderem zur Schließung des Gefängnisses auf und fordern, statt der Flüchtlinge die Fluchtursachen zu bekämpfen. Seit Mai 2001 befindet sich in Ingelheim das zentrale Abschiebegefängnis für Rheinland-Pfalz und das Saarland. Aktuell sitzen dort 50 Flüchtlinge ein. **Infos unter Tel.: 0049 68 72 99 30-56**

Tobias Müller ist freier Journalist und lebt in Amsterdam.